

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Schulzeitung. 1860-1933 1926

13 (20.3.1926)

Badische Schulzeitung

Vereinsblatt des Badischen Lehrervereins und Verkündigungsstelle der Fürsorgevereine

Verantwortliche Leitung: W. Haerzig, Heibelsberg, Schillerstr. 23. Fernruf 540. Abschluß: Mittwoch 12 Uhr. Erscheint Samstags. Anzeigen: Die 5-gerp., 38 mm breite Zeile Mk. 0,20, Chiffregebühr Mk. 1.—, Verlagen und Reklame-Anzeigen lt. besonderem Tarif. Bezugspreis: Monatlich 60 Pfg. einschließlich Bestellgeld. Anzeigen und Beilagen sind an die Verlagsbuchhandlung Konkordia in Bühl (Baden) zu senden, alles übrige an die Leitung. Geldsendungen an die Kasse des „Badischen Lehrervereins“ nur an die Badische Beamtengenossenschaftsbank Postfachkonto 1400 Karlsruhe auf Bankkonto des V. L. B. Ds. 70. Geldsendungen an das Lehrerheim nur an „Lehrerheim Bad Freygersbach, Geschäftsstelle Offenburg, Postfachkonto Nr. 75843 Karlsruhe.“

Anzeigen-Aannahme und Druck: Konkordia A.-G. für Druck und Verlag, Bühl (Baden). Direktor W. Weser. Telefon 131. Postfachkonto 237 Amt Karlsruhe

13.

Bühl, Samstag, den 20. März 1926.

64. Jahrg.

Inhalt: Zweite Lesung des Haushaltsausschusses über die Lehrerbildungsvorlage. — Philosophie der Erziehung. — Der erste badische Schulkalender aus dem Jahre 1859. — Muttersprache und Volkserziehung. — Bericht über die Tätigkeit der Bez.-Vereine. — Bericht über die Besprechungen der Spitzenorganisationen der Beamtenschaft beim Reichsfinanzminister. — Die Jubiläumstagung des Bad. Lehrervereins. Rundschau. — Ironie des Schicksals. — Aus den Vereinen. — Verschiedenes. — Bücherchau. — Vereinstage. — Inserate.

Zweite Lesung des Haushaltsausschusses über die Lehrerbildungsvorlage.

Die Regierungsparteien haben auch in zweiter Lesung alle Verbesserungsanträge abgelehnt und die Regierungsvorlage angenommen.

Wir haben schon in unserem Stimmungsbild über die erste Lesung erhebliche Zweifel gegenüber den Auffassungen zum Ausdruck gebracht, die noch Hoffnung auf die zweite Lesung des H.-A. setzten. Die grundsätzliche Stellungnahme der Regierungsparteien, wie sie aus den Berichten bekannt geworden war, ließ kaum mehr die Möglichkeit einer erheblichen Umstellung offen. Die Sozialdemokratie als ausschlaggebende Partei, bezw. ihre Führung und ihr Minister waren offenbar schon vor Beginn der Beratungen so hoffnungslos gebunden gegenüber dem Zentrum, daß an eine Abkehr nicht mehr zu denken war.

Das sachliche Ergebnis der zweiten Lesung ist dasselbe wie das der ersten Lesung: das vorbehaltlose Abitur wird versagt, der Vorkurs, bezw. die einjährige Präparandie kommt.

Nicht einmal die Anregung, diesen Vorkurs zweijährig zu gestalten und mit einer vollwertigen Reifeprüfung auszustatten, fand Gnade vor der Regierungsmehrheit. Im Gegenteil wurde seitens der Regierung und der genannten Parteien mit brutaler Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht:

Der Vorkurs soll überhaupt nicht zur Hochschulreife führen, sonst laufen diese Abiturienten ebenfalls davon. Seine Schüler sollen nur zur Lehrerbildungsanstalt überführt werden.

Diesen Absichten gegenüber scheiterte jeder Versuch, durch Änderungsanträge wenigstens noch etwas an der Lehrerbildungsvorlage zu bessern. Und mit Recht — wenn auch der Minister, der diese Verhältnisse, wie wir früher schon betonten, in ihrem inneren Zusammenhang einfach nicht verstehen kann, dem widersprach — wurde in der Tagespresse und in den Verhandlungen immer wieder darauf hingewiesen, daß die neue Lösung sich von der mecklenburgischen nicht unterscheidet, was die Geschlossenheit und innere Einheitlichkeit betreffe, sogar hinter der seitherigen Regelung erheblich zurückstehe.

Mit dieser Entscheidung war auch die über das Hochschulstudium gefallen. Aber noch mehr: Auch die Möglichkeit der „hochschulmäßigen“ Ausbildung an den Lehrerbildungsanstalten ist dahin. Und wenn der Minister sich durch „Sachverständige“ bestätigen läßt, daß man mit Vorkürlern und mit Abiturienten zusammen ein geordnetes wissenschaftliches Ausbildungsverfahren durchführen könne, dann befindet er sich eben in einer geradezu hoffnungslosen Täuschung, die einem Manne aus der Erziehungs- und Unterrichtspraxis niemals begegnet wäre. Wenn seine Sachverständigen im Ministerium sitzen, dann scheinen unsere langgehegten Befürchtungen eben doch sich zu bestätigen, daß nämlich diese Herren nicht in der Lage sind und waren, sich von der Tradition der „Lehrerseminare“ zu lösen und einen ernsthaften Schritt in die Zukunft zu tun. Aber auch dann bleibt der

Zwiepsalt bestehen, daß dieselben Namen unter der Hellsichtigen und dieselben Namen unter der Remmeleschen Vorlage stehen. Das kann höchstens verstanden werden im Hinblick darauf, daß der Minister ausdrücklich die Alleinverantwortung zu übernehmen gewillt ist und jede Abhängigkeit auch von den beratenden Stellen seines Ministeriums ein für allemal abgelehnt hat.

Auch die Frage der Simultanität oder Konfessionalität der zukünftigen Lehrerbildungsanstalten nahm eine überraschende Wendung dadurch, daß im Streit der Meinungen der Minister Remmele plötzlich erklärte

er selbst habe handschriftlich den Satz in die Begründung hineingeschrieben,

daß die 2 Lehrerbildungsanstalten „konfessionellen Charakter“ haben sollen. Der Minister war sich ganz sicher bewußt, welche Bedeutung ein solcher Satz hat und haben mußte. Daß er ihn trotzdem hineinschrieb, muß denen recht geben, die dahinter mehr sehen als nur die „Sicherung des derzeitigen Zustandes“. Die sozialdemokratische Fraktion hat auch diesmal den Antrag auf Klarstellung dieser Frage abgelehnt. Ihre Beteuerungen, sie werde eine Verschärfung des derzeitigen Zustandes nie zulassen, legt ihr nun die undankbare Pflicht gegen die eigenen Bundesgenossen auf, als Engel mit dem feurigen Schwerte vor den Toren der Simultanität Wache zu stehen. Ein doppelt undankbares Geschäft, wenn man sich zugleich mit den eigenen Grundsätzen im schwierigsten Konflikt befindet.

In der gleichen, wenig beneidenswerten Rolle, befindet sie sich wegen ihrer Zustimmung zur Zulassung auch solcher Anwärter, die ihre Berufsbildung auf einem anderen als dem gesetzlich geordneten Wege sich erworben haben. Kuffenang sei der Kampf gegen diese „freihetliche“ Bestimmung, meinte nach der Presse der Führer des Zentrums. Nein, aber große und ernste Sorge um den Staat, der nicht schon besteht, solange seine äußere Form noch zur Not zusammenhält, sondern nur dann, wenn er seine Unabhängigkeit, seine Überordnung und seine Selbständigkeit in allen das bürgerliche Leben seiner Glieder berührenden Angelegenheiten wahr. Wenn dafür gerade bei der Sozialdemokratie, deren dogmatische Staatsauffassung doch immer am weitesten ging, ausgesprochen auf dem Gebiete des öffentlichen Bildungswesens der Masse des Volkes kein Verständnis mehr vorhanden ist, wenn sie aus Gründen der famosen „politischen Dynamik“ hier versagt, dann allerdings ist der Marsch zum bayerischen Konkordat begonnen.

Der Minister war seiner Vorlage gegenüber genötigt zu der vielsagenden Feststellung,

alle Richtungen der Lehrerschaft lehnen die vorgeschlagene gesetzliche Lösung ab.

Bedeutet diese außergewöhnliche Tatsache nichts? Sind diese Tausenden von Lehrern und Lehrerinnen, bzw. ihre Organisationen nicht auch Sachverständige, die zu hören ein aus der Gewerkschaftsbewegung herausgewachsener Minister schon aus grundsätzlicher Haltung sich hätte angelegen sein lassen müssen? Statt dessen suchen die Befürworter der Vorlage krampfhaft nach den „weisen

Raben" in der Lehrerschaft, die ihnen am „zufälligen“ Einzelbeispiel zu demonstrieren Gelegenheit geben, daß auch andere Auffassungen vorhanden seien. Armseliges Unterfangen! Die Lehrerschaft ist sich in ihrer überwältigenden Mehrheit einig darin, daß diese Vorlage keine Lösung bedeutet, die der Schule und der Bildungsarbeit frommt. Das ist feststehend auch trotz des „Zufalls“, nach dem „gerade soeben ein Familienvater (Beamter)“ dem Bad. Beobachter schreibt:

„Vom Landtag, insbesondere vom Zentrum und der Sozialdemokratie erwartet das badische Volk, daß sie festbleiben und die Beschlüsse des Ausschusses bestehen lassen; das ist den Angehörigen aller Parteien das erwünschteste — den Eltern, die Kinder der Volksschule anzuvertrauen haben und auch den Eltern, die Kinder dem Lehrerberuf zuführen wollen, dies aber in unserer harten, geldarmen Zeit nur können, wenn der gesunde Menschenverstand und nicht die geschraubten Ideen des Badischen Lehrervereins (hinter dem die Demokratie steht) den Ausschlag gibt!“

Und die Schlussfolgerung des Beobachters: „So denkt man im Volk“. Also, diese eine Stimme ist Volkstimme, und Volkstimme ist Gottesstimme und damit basta. Daß Tausende von Lehrern auf Grund jahrzehntelanger Erfahrung und ernster Durcharbeitung der ganzen Frage diese widernatürliche Lösung ablehnen, das gilt nichts, das tut man ab mit dem Schlagwort der Politik des „Alles oder nichts“. Nun, das „Nichts“ ist bedenklich weit zur Grundlage der Regierungsvorlage gemacht worden. Das aber war sicherlich keine Arbeit des Bad. Lehrervereins. Mit bitterer Ironie schreibt unter dem 12. März 1926 die Mecklenburgische Schulzeitung in einem Artikel: „Im Guckkasten deutscher Lehrerbildung“ über Baden:

„In Baden ist etwas im Werden. Doch scheint's Ragout von fremdem Schmaus. Auf Mecklenburger Art! Wenig und böse? — Das Zentrum aber will die Ausbildungszeit der Priester von 10 auf 11 Semester bringen! Da ist der Ausgleich!“

Die Vorlage befriedige nicht nur nicht die Lehrerschaft, sondern auch die Kirchen nicht, meint der Minister. Nun, das letztere dürfte schwer zu erreichen sein, wenn der Minister nicht den Staat hoheitsrechtlich ganz aus der Bildungsatmosphäre der Volksschule ausschalten und nur finanzpolitisch als Lastenträger noch zur Verfügung stellen will. Das ist überall das Endziel aller klerikalen Schulpolitik. Das sehen denn doch auch weite Kreise in der Sozialdemokratie selbst ein und wollen nicht, daß ihnen aus Gründen der „politischen Dynamik“ diese Kappe über die Ohren gezogen wird. Insbesondere hat sich die „Volkstimme“ zum Sprachrohr dieser Oppositionellen gemacht, wie wir früher schon berichteten. Ihre Hoffnungen wurden bitter enttäuscht. Offenbar ernste Bemühungen, vor allem auch von Kreisen der sozialistischen Lehrerschaft, veranlaßten innerhalb der Sozialdemokratie scharfe Auseinandersetzungen, die sich in den Zeitungstimmen widerpiegeln. Mit Bedauern stellt zwar die Volkstimme vom 10. III. 1926 fest, daß „die Freiburger Volkswacht, der Volksfreund, die Freie Presse in Pforzheim und der Volkswille in Singen bisher zu der Frage von sich aus noch nicht Stellung genommen“ haben. Auch die Heidelberger Volkszeitung habe leider verspätet Stellung gegen die Haltung der Landtagsfraktion durch folgende Verlautbarung genommen:

„Wir halten es für dringend notwendig, daß sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion diejenigen Paragraphen, welche eine Gefahr für das kulturelle Leben bedeuten, bis zu der am Mittwoch beginnenden zweiten Lesung gründlich ansieht, damit nicht, wenn später sich bedenkliche Entwicklungen anbahnen, der Ruf laut werden muß: mea culpa, mea maxima culpa!“

Unter dem 11. März 1926 schreibt die „Volkstimme“ der eigenen soz. Fraktion angesichts des Verlaufes der zweiten Lesung folgendes in das Stammbuch:

„Der Fortgang der Beratung des Lehrerbildungsgesetzes im Haushaltsausschuß des Landtags entspricht in der zweiten Lesung dem, was bereits die erste gezeigt hat: die sozialdemokratischen Vertreter sind in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen, der Regierungsvorlage zur unveränderten Annahme zu verhelfen. Die Gründe, die gestern von der Regierung und von sozialdemokratischer Seite für diese Vorlage ins Feld geführt wurden, waren wie-

derum dürftigster Art. Die erstere verschanzt sich hinter finanziellen Auswirkungen und den Anreiz, den die Hebung des Bildungs-Niveaus der Volksschullehrer auf die mittleren Verwaltungs- und Justizbeamten usw. haben werde; die letztere beruft sich auf die Gesetze der „parlamentarischen Dynamik“, nach denen man z. B. froh sein müsse, das zu erreichen, was die Vorlage bringt.

Wir gestehen: der großen ethischen und kulturellen Bedeutung der Lehrerbildungsfrage gegenüber, insbesondere auch gemessen an dem Interesse, das gerade die großen Massen des Proletariats vom Standpunkt der geistigen Hebung seines Nachwuchses an ihr hat, erscheinen uns diese Gesichtspunkte ungemein kleinlich. Und wenn der Vertreter der Regierung sich vollends auf eine Aufsehung von einzelnen Eltern-Weiräten gegen „überspannte Lehrerforderungen“ stützte, so scheint ihm von dem ausgesprochen reaktionären Geist, der diese Gremien da und dort beherrscht, bisher noch nichts bekannt worden zu sein. In gleicher Weise lassen wir den Hinweis des sozialdemokratischen Sprechers auf das mathematische Kräfteverhältnis im Parlament nicht als Entschuldigung für die Ablehnung des grundsätzlichen Antrages zugunsten der Simultankität der Lehrerbildungsanstalten gelten. Schließlich hat unsere Partei doch nicht nur eine Weltanschauung, sondern auch klar formulierte programmatische Forderungen zu vertreten, Programm-Forderungen, von denen man nicht etwa behaupten kann, sie seien veraltet, die vielmehr vor kaum einem halben Jahre, auf dem Heidelberger Parteitag, ihre Formulierung erhalten haben.“

Und unter dem 13. März 1926 bringt die Volkstimme eine Auslassung der Heidelberger Volkszeitung:

„Nachdem die sozialdemokratischen Mitglieder des H.-A. ihre verhängnisvolle Politik fortgesetzt haben, muß es nun Aufgabe der Fraktion sein, hier Remedur eintreten zu lassen. Denn dies sei gesagt, die derzeitige Kulturpolitik der Haushaltsausschuß-Mitglieder steht in schärfstem Widerspruch zu den Auffassungen der Genossen im Lande, sodaß u. E. es Aufgabe der Parteivorstandes wäre, durch Einberufung einer Parteiaussschußsitzung hier Klärung zu schaffen.“

Die Volkstimme fügt dieser Notiz, die den außerordentlichen Kontrast darlegt, noch erläuternd hinzu:

„Die Volkszeitung meint mit diesem „Parteivorstand“ offenbar den Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens. Um keine falschen Auffassungen aufkommen zu lassen über die Rolle, die der Letztere in der Frage des bad. Lehrerbildungsgesetzes gespielt hat, sei ausdrücklich festgestellt, daß er bereits zu Beginn der vorigen Woche wiederholt unmittelbar und persönlich mit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ins Benehmen trat und ihr in wiederholten Sitzungen in Karlsruhe seine scharfe Gegnerschaft gegen den Gesetzentwurf zum Ausdruck brachte.“

Schärfer kann der Zwiespalt nicht mehr werden, als er hier sichtbar wird. Die Fraktion einer großen Partei hat nach diesen Darstellungen wenigstens in ihrer Führung und Regierungsvertretung in scharfer Gegnerschaft zur Auffassung der Partei eine Gesetzentwurf durchgedrückt, die weder im Interesse der vertretenen Massen, noch des sachlichen Bedürfnisses gelegen ist. Unsere Mitglieder in der sozialdemokratischen Partei haben eine verdoppelte Enttäuschung größten Stiles erlebt. Ob es aus dieser Lage noch im Plenum einen gewissen Rückweg gibt, lassen wir dahingestellt, da wir auch das letzte Fünkchen von Hoffnung niemandem nehmen möchten.

Philosophie der Erziehung.

Eine Antwort an Prof. Dr. Menzer von Ernst Kriek.

Der in Nr. 2 von „Erziehung und Bildung“ (Wissenschaftl. Beilage der Preuß. Lehrzeitg.) von Prof. Dr. Menzer in Halle, gegen das Buch „Philosophie der Erziehung“ gerichtete Angriff erweckt zuerst den Anschein eines sachlichen Referates, um dann mit der höchst vielsagenden Wendung, es sei dem Verfasser schwer geworden, solange mit der Kritik zurückzuhalten, zu dieser selbst überzugehen. Die Kritik geht dahin, dem Buch jeden wissenschaft-

lichen Wert abzusprechen. Aber der Kritiker hat nicht den Mut, dieses Ergebnis mit dürren Worten herauszustellen, zumal eine deutsche phil. Fakultät, deren philosophische Fachvertreter E. Hoffmann, Jaspers und Rickert sind, den wissenschaftlichen Wert des Buches damit glaubte betonen zu sollen, daß sie den Verfasser einstimmig zum Ehrendoktor ernannte. So umkleidet denn Menzer das Ergebnis seiner Kritik mit öfters wiederholten Wendungen wie: unkontrollierter Enthusiasmus, Verauschen an großartigen Programmen, schillernder Glanz, Phrasen, und er behauptet, der Verfasser habe wie in einem dauernden Rausche geschrieben, das Buch richte mit tiefklingenden Worten nur Verwirrung in den Köpfen an, verliehtes Schwärmen könne auch in der Pädagogik kein Erfah kritischen Denkens sein usw. Im Rechtsleben nennt man das einen Totschlagversuch. Es kommt durch die ganze Kritik ein sektenmäßiges Ressentiment zum Ausdruck, das den Kritiker verführt, eine auch sachlich völlig falsche Darstellung zu geben und so einen Mangel an wissenschaftlichem Gewissen öffentlich zur Schau zu stellen.

Das Buch erörtert in seinem ganzen Verlauf stets von neuem als ein Grundproblem das Verhältnis des Einzelmenschen zur Gemeinschaft. Menzer greift davon allein einige Sätze heraus, die eine metaphysische Deutung dieses Verhältnisses versuchen, und erklärt sie als Phrasen. Prof. Messer hatte geschrieben, noch selten sei das Problem des Individualismus in solcher Tiefe erforscht worden wie in dieser philosophischen Pädagogik. Menzer behauptet ferner, daß ich die Wissenschaft mit dem Schlagwort des Intellektualismus belege und damit beiseite schiebe. Das ist doch einfach nicht wahr und wäre auch geradezu grotesk in einem Buch, das im selben Augenblick eine neue Grundlegung einer Wissenschaft versucht. Abgelehnt habe ich nur die Intellektualisierung des gesamten Lebens, abgelehnt den Anspruch einer oder einiger Wissenschaften, der Erziehung Grundlage sein zu wollen. Demgegenüber habe ich nicht etwa ein Leben in irrationalen Überschwang gefordert, sondern die Um- oder Rückbildung einer Hypertrophie in eine Harmonisierung der verschiedenen Seelenkräfte und Seelenvermögen. Der Wissenschaft als dem intellektualistischen Weg zur Wahrheit und zur rationalen Bildung habe ich vielmehr ihr Recht in so hohem Maße zukommen lassen, daß mir von anderer Seite Intellektualismus geradezu zum Vorwurf gemacht worden ist. (Siehe die im Verlag von Beyer & Mann erschienenen „Mitteilungen des Vereins der Freunde wissenschaftlicher Pädagogik“ Nr. 64, S. 3—23.) Ich will aber den sehen, der nach meinen Arbeiten noch behauptet, Erziehung müsse auf Pädagogik begründet werden, wie es zuvor doch ohne allen Zweifel geschehen ist. Jetzt aber will es plötzlich keiner mehr wahr haben.

Später erklärt zwar Menzer selbst, es brauche nicht immer wieder als eine neue Entdeckung gesagt zu werden, daß das Leben nicht auf Wissenschaft gegründet werden könne. Aber der Pädagogik setzt er dann doch wieder die Aufgabe, ihre Praxis auf die volle Erkenntnis zu gründen, und so dreht er sich beständig um seine eigene Achse und beweist so ziemlich mit jedem Satz, daß er von dem, was er derart wegwerfend kritisiert, schlechterdings nichts verstanden hat.

Ich habe eine reine Erziehungswissenschaft umrissen, die ihren Zweck wie jede echte Wissenschaft allein in der Wahrheitserkenntnis und ihren Gegenstand in Erziehungsvorgang hat. Zum Aufbau dieser Wissenschaft habe ich Erhebliches beigetragen. Daß daneben eine pädagogische Technologie, wie sie bisher schon immer bestanden hat, weiter bestehen müsse, ist selbstverständlich und von mir ausdrücklich gefordert. Daraus, daß ich sie nicht selbst gebe, kann man mir vernünftigerweise keinen Vorwurf machen, weil sie außerhalb des von meinem Zweck abgesteckten Aufgabenkreises liegt. Aber ihren Ort habe ich dieser Technologie im System angewiesen. Des weiteren habe ich der pädagogischen Technologie das Recht und die Möglichkeit abgesprochen, aus ihren eigenen Mitteln der Erziehung Ziele zu setzen. Zielsetzung ist Aufgabe des Willens und der Wissenschaft. So bleibt der pädagogischen Technologie die Aufgabe, zu gesetzten Zielen die bestmöglichen Wege und Weisen zu suchen: sie ist die Wissenschaft von der Methode bewusster und planmäßiger Erziehungstätigkeit.

Mein ganzes Unternehmen ist aufgebaut auf einer Erweiterung des Erziehungsbegriffs. Ich habe die Erziehung als eine Funktion der Gemeinschaft nachgewiesen. Eine Lebensfunktion trägt auf jeden Fall in sich immanent einen Sinn, eine Zielrichtung. Auf der Stufe zweckbewusster Erziehungstätigkeit, der hauptsächlich der

Unterricht angehört, geht die Funktion über in die rationale Aufgabe, die in Hinblick auf ein bewußtes Ziel arbeitet. Aber das Ziel selbst kommt aus dem Willen, hauptsächlich aus dem Willen der erziehenden Gemeinschaft, nicht aus einer Wissenschaft. Wenn Menzer nun aber erklärt, es habe keinen Sinn, die beiden möglichen Einstellungen zur Erziehung zu vermengen, vielmehr müßte die soziologische und geschichtsphilosophische Betrachtung des Erziehungsphänomens getrennt gehalten werden von der mit Zielsetzung arbeitenden Pädagogik, so ist das eine ebenso persönliche wie belanglose Meinung, die nur offenbart, daß sie nicht imstande ist, das vorliegende wissenschaftliche Problem in seiner Weite und Tiefe zu erfassen. Es hat allemal einen guten Sinn, zerstreute Teile eines Ganzen zu einer sinnvollen und wohlgegliederten Einheit zusammenzufügen.

Wo sollte aber die „Verauschnung an großartigen Programmen“ zu finden sein? Das Buch mag im ganzen als Programm einer Wissenschaft aufgefaßt werden können. In diesem Sinne sind auch hochbedeutende philosophische Werke wie die „Kritik der reinen Vernunft“ nur eben Programme. Wenn Menzer aber den Anschein erweckt, als hätte ich in üblicher Weise Erziehungsprogramme aufgestellt, so ist das Gegenteil dieser Behauptung wahr. „Die Folge kann nur eine Verwirrung der Köpfe sein. In der pädagogischen Literatur sind deren (was? verwirrte Köpfe?) nicht wenige“. Gewiß. Es soll sogar Flachköpfe auf philosophischen Lehrstühlen geben. Und gelegentlich können Philosophieprofessoren, wie der Gegner mit seinen Sätzen zeigt (z. B. mit dem eben zitierten oder dem letzten) nicht einmal ein ordentliches Deutsch schreiben.

Das angegriffene Buch fällt und steht nicht mit seiner Metaphysik, wie Menzer den Anschein zu erwecken versucht. Es geht vielmehr weiter auf den Weg positiver Wissenschaft und ist von anderer Seite darum als eine Phänomenologie der Erziehung bezeichnet worden. Meine Metaphysik radikal abzulehnen, sei dem Kritiker nicht verwehrt. Selbst wenn er sie kritisiert, ohne sie verstanden zu haben, kann die Schuld immer noch bei mir, meiner mangelnden Denk- und Ausdrucksfähigkeit liegen. Mindestens aber müßte der Kritiker, der das Werk eines andern vernichten will, zeigen, daß er selbst einen höheren Standpunkt gewonnen hat und höhere Leistungen zu vollbringen imstande sei. Bleibt er hinter dem kritisierten Gegenstand zurück, so stellt er mit der Kritik nur sich selbst öffentlich bloß, auch wenn er deutscher Philosophieprofessor ist. Menzer sollte die Zeichen der Zeit so weit begriffen haben, daß man mit einer sog. Philosophie, die in Wirklichkeit nur Exegese und Philologie an echter Philosophie der Vergangenheit ist, heute auch keinen Hund mehr vom Ofen lockt. Wäre die „Phil. d. Erz.“ hundert, statt nur weniger Jahre alt, so möchten Philosophen vom Schlage Menzers ihr immerhin die Exequien bereiten. Vorläufig kommt der Kritiker dazu zugleich zu spät und zu früh: die Idee der autonomen Erziehungswissenschaft lebt so stark, daß sie solcher Junstweisen spotten kann. Man möchte böshafterweise den hübschen Vers des Westfälischen Diwan: „Der Prophet spricht“ zitieren.

Menzer hat auch das Recht, die „Phil. d. Erz.“ allein kritisch vorzunehmen. Aber er hätte sehen müssen, daß er damit in eine schiefe Lage kam mit dem Augenblick, als der kritisierte Verfasser bereits eine weitere, dasselbe Gebiet umspannende Arbeit, die das aufgeworfene Problem von seinen des konkreten, von Geschichte und Völkerkunde dargebotenen Materials zur Darstellung bringt, der Öffentlichkeit vorgelegt hatte, wie es mit dem Buch „Menschenformung“ der Fall ist. Ist da auch nur ein Verauschnen an großartigen Programmen und Phrasen? Der Kritiker zeige hier seine wissenschaftliche Befähigung, indem er Stoff gegen Stoff, Geschichte gegen Geschichte, positives Wissen gegen Wissen setzt.

Anmerkung. E. Saupe, Herausgeber von „Erziehung und Bildung“, der wissenschaftlichen Beilage der „Preussischen Lehrerzeitung“, der den in sich unwahrhaftigen Angriff Prof. Menzers veröffentlichte, hat meine Antwort abgelehnt mit der durchsichtigen Begründung, sie sei zu lang und zu scharf, obwohl sie an Länge und Schärfe über den Angriff nicht hinausgeht. Derselbe Herr Saupe, der damit den Menzerschen Angriff deckt und also mit zweierlei Maß mißt, hat drei Jahre zuvor erklärt, daß er die „Phil. d. Erz.“ „außerordentlich schätze“ und das Buch, das nunmehr als in einem Rausch geschrieben und als zur Verwirrung der Köpfe angetan dargestellt wird, in den Arbeitsgemeinschaften seines Dejnernats — als Schulfat — empfehlen wolle.

Der erste badische Schulkalender aus dem Jahre 1859.

Etwas dickbauchig ist unser badischer Schulkalender geworden gegenüber dem in früheren Jahren, obwohl er ehemals noch ein Nachschlagebuch für die Mittelschulen gebildet hat. In seinem heutigen Inhalt allein für die Volksschule bestimmt, kann er als Gradmesser für die Entwicklung des Landes, den wirtschaftlichen Aufschwung der Städte und Dörfer dienen. Ich habe in den Jahrgängen geblättert, die Einwohnerzahl und die Zahl der Lehrer von vielen Städten und Dörfern, die ich seit mehr als drei Jahrzehnten kenne, verglichen. Welch bedeutende Entwicklung!

Nun spielt mir ein Zufall den ersten und zweiten Jahrgang des Lehrerkalenders aus den Jahren 1859 und 1860 in die Hände, also aus dem Taufjahr unseres heutigen Schulkalenders. Doch lautet der Titel „Badischer Kirchen- und Schulkalender“. Es ist ein kleines Büchlein; 25 Blätter sind den katholischen Volksschulen gewidmet, 15 den evangelischen. Im ersten Jahr standen die evangelischen Schulen am Anfang, im folgenden Jahr tritt ein Wechsel ein.

Zuerst sind die evangelischen Pfarrer der 28 Dekanate aufgezählt, ihnen folgen die katholischen Geistlichen der 35 Landkapitel. Dann marschieren die Lehrer der Schulorte auf, geordnet nach der damaligen Einteilung: Seekreis, Oberrheinkreis, Mittel- und Unterrheinkreis. Jede Seite ist eingeteilt in die Rubriken Schulorte; Name des Ortsschulinspektors; Lehrer; Verhältnisse der Schule.

Unter „Verhältnisse der Schule“ ist die Zugehörigkeit der einzelnen Orte zu dem damaligen Ortsklassensystem zu verstehen nebst den Bezügen aus Schulgeld von . . . Schülern, dazu die Kompetenzen in Geld, Naturalien und Gütern. Die meisten Orte des Landes zählten zur 1. (untersten) Klasse, zur dritten nur die Städte. Da heißt es z. B. von Schönbrunn (wo damals ein Fr. Henninger amte): 1. Klasse. 48 Kreuzer Schulgeld von 50 Schülern, 120 Laib Brot, 6156 Becher Korn, 7585 Becher Spelz, 2 Viertel 29 Ruten Feld, 3 Klafter Holz und 46 Gulden Geld.

Neunkirchen ist schon besser dotiert: 48 Kreuzer von 132 Schülern, 1½ Morgen Güter, 4293 Becher Korn, 13719 Becher Spelz, 1895 Becher Hafer und 85 Gulden Geld.

Neckargerach ist auch gut daran. Nebst dem Schulgeld mit 48 Kreuzern von 65 Schülern erhält der Lehrer (W. Schumacher) 86 Gulden Geld, 7 Klafter Holz und Hackwaldblos, Accidencien 5 Gulden, 7035 Becher Korn, 7914 Becher Spelz, 12181 Glas Wein, 11 Gulden Geld und bebaut noch 1½ Morgen Güter.

Das Jahr 1860 weist in der Höhe des Schulgelds einen beträchtlichen Fortschritt auf, indem an die Stelle der 48 Kreuzer pro Kopf 1 Gulden oder 1 Gulden 12 Kreuzer bezahlt werden. Nicht überall ist die Aufzählung der Naturalabgaben in so ausführlicher Weise erfolgt wie in den obigen Orten, aber immerhin in zusammenstellender Weise, so daß der Schulkalender der damaligen Zeiten ein unentbehrliches Nachschlagebuch bei Bewerbungen um eine freigewordene Stelle darstellte. Eine einheitliche Besoldungsordnung war ja nicht vorhanden; die Vermögensverhältnisse der Gemeinde bildeten die Grundlage des örtlichen Einkommens.

In jedem Dorf ist der Geistliche der geborene Ortsschulinspektor. Über den Bezirk waltet gleichfalls ein Geistlicher als Bezirkschulinspektor; da wir konfessionelle Schulen zu berücksichtigen haben, so erscheint in Orten mit Lehrern verschiedener Konfession sowohl der evangelische als auch der katholische Bezirks-Schulinspektor.

Um einen Vergleich mit den heutigen Verhältnissen zu ermöglichen, soll die Zahl der damaligen evangelischen und katholischen Lehrer in einzelnen Orten genannt sein. Das Jahr 1859 führt in Konstanz einen evangel. Unterlehrer auf; das Jahr 1860 nennt keinen, beide Male erscheinen aber zwei katholische Haupt- und ein Unterlehrer. In Lörrach amten 2 ev. Haupt- und ein Unterlehrer; das Jahr 1860 weist erstmals 1 kath. Unterlehrer auf. Bemerkenswert sind im Bezirk Lörrach neben der eigentlichen Volksschule die Fabrikschulen in Haagen, Steinen, Lörrach. Von Haagen heißt es: freie Wohnung und anständige Besoldung durch den Fabrikanten. Freiburg nennt 4 kath. Haupt- und ebensoviele Unterlehrer. An der ev. Schule ist nur 1 Haupt- und 1 Unterlehrer angestellt.

An der kath. Schule in Mannheim wirken 8 Haupt- und 6 Unterlehrer, an der evang. 7 Haupt- und 9 Unterlehrer. Das große Dorf Seckenheim hat 1 ev. Haupt- und Unterlehrer angestellt, desgleichen die kath. Gemeinde. In Friedrichs-

feld mit heute 15 Lehrkräften wirken 1859 ein ev. und ein kath. Hauptlehrer. Hockenheim mit heute 35 Lehrern zählte damals 1 ev. Haupt- und 2 Unterlehrer, dazu 2 kath. Haupt- und 1 Unterlehrer.

Der Pestalozziverein zählte Mitglieder aus beiden Konfessionen.

Dem Kirchen- und Schulkalender ist ein Verzeichnis sämtlicher Staatsanstalten und die Namen der Inhaber beigegeben, alle mit der Anrede „Herr“, welche bei den Lehrern nicht zu finden ist.

Der Oberschulkonferenz als höchster Instanz gehören an: der Ministerialrat aus dem ev. Oberkirchenrat und ein Oberkirchenrat aus dem kath. Oberkirchenrat als alternierende Vorstände; weiter je ein Mitglied aus den genannten Kollegien, der Seminardirektor Stern und ein kath. Professor.

Aus den Volkszählungsergebnissen von 1852 seien einige Zahlen zum Vergleich hier angegeben:

Mannheim 24 316 Einwohner, Karlsruhe 24 299, Freiburg 16 441, Heidelberg 14 564, Pforzheim 9152, Bruchsal 9056, Konstanz 7556, Schwetzingen 2989, Durlach 4898, Offenburg, Eberbach 4200, Lörrach 3145, Eppingen 3266, Baden, Lahr 6700, Weinheim 5700. Im ganzen bestanden damals in Baden 335 Fabriken mit 17 105 Arbeitern.

Was die Lehrer aber besonders interessiert, ist eine Übersichtstabelle zur Einteilung eines ganzen Jahresgehalts auf Vierteljahr, Monat, Woche und Tag.

Die ganze Zerrissenheit des Reichs zeigt sich in der Schlußtafel, in der Vergleichung der badischen Maße und Gewichte mit denen anderer Länder, mit Württemberg, Hessen, Preußen, der Schweiz und Frankreich. Hierbei ist aber auffallend, daß die Schweizer genau dasselbe Maß und Gewicht besitzen wie die Badener. Frankreich allein leistet sich unser heutiges Dezimalmaß. Daraus erfahren wir auch, daß das oben angeführte „Glas“ 1 Deziliter 5 Centiliter, also 1½ Deziliter faßt; mithin hatte der Neckargeracher Kollege etwa 800 Liter Wein anzupfeifen.

Seltene Erinnerungen stiegen in mir auf, als ich das alte Büchlein durchblätterte. Die Bilder so vieler alter, treuer Lehrerveteranen, mit denen ich noch lange Jahre Schulter an Schulter gearbeitet, trafen vor meine Seele, als ich deren Namen las, und auch die Arbeit manches wackeren, unerschrockenen Vorkämpfers des Badischen Lehrervereins hat die Geschichte darin vermerkt.

S.

Muttersprache und Volkserziehung.

Eine Buchbesprechung und noch einiges mehr.

„Es ist ungemein schwer, zugleich wahr und originell zu sein. Der Wahrheiten sind so wenige, und die wenigen sind so alt“, hat einmal des Deutschen Reiches erster Kanzler gesagt. Eine dieser wenigen Wahrheiten bekommt das deutsche Schulmeistergewissen, das wahrlich nicht nur an Schulpult und Schultafel, sondern auch in Amtsstuben und auf Arbeitsplätzen lebt und lebt, in der Hoerdtischen Schrift mit dem oben stehenden Titel eingepreßt. Und damit sage ich zugleich: dieses Buch wendet sich nicht nur an die Leute vom Fach, es will alle aufrütteln, denen Volksbildung Herzenssache ist.

Wer die Meinung vertritt, daß nicht nur ihm, sondern allen Zweifelhäusern auf diesem Wandelstern das Hemd näher ist als der Rock, wird damit einverstanden sein, daß die Aufgabe unserer Schulerziehung sein muß, mit allen Gegenständen unseres Unterrichts, vor allem mit dem muttersprachlichen Unterricht, dem deutschen Schüler „den Charakter kernhaften Deutschtums aufzuprägen“. (S. 148.) Nur diejenigen können den Satz: „Die Muttersprache ist Kern und Stern der Volksbildung“ (S. VIII) anfechten, mit einem Schein des Rechtes anfechten, die darauf verweisen, daß die Religion, die Bindung an die ewige Macht, in deren Dienst alles Menschentum leßthin steht wie der kleine Vogel auf dem schwanken Ast und der Regenwurm im Gartenboden, oberstes Ziel alles erziehenden Unterrichtes sein soll. Doch dürften sie kaum leugnen, so wenig wie die kosmopolitisch Denkenden, daß es in Mitteleuropa keinen andern Menschen gibt als den deutschen, und daß seine Mittelpunktstellung für unser Erziehungsziel naturrechtlich ebenso gerechtfertigt ist wie unerrücklich. Ein solcher Unterricht, der den Charakter des bestimmten deutschen Volkstums (S. 26) als Erziehungsziel und die Muttersprache als das wesent-

lichste Mittel zur Erreichung dieses Zieles betrachtet, wird aber auch im tiefsten Sinne religiös wirken; denn der deutsche Mensch ist ein christlicher Mensch, und die Verinnerlichung, die das Kennzeichen dieses Unterrichts ist, wird zur allgemeinen Besinnung drängen und damit zur Religion. Darin sehe ich den größten Wert dieser Schrift, daß sie in der angeschnittenen Frage des Muttersprachunterrichts solche Verinnerlichung anstrebt. Für diese Verinnerlichung kämpfen alle, die unser durch die Paraden und blendenden Statistiken der Wilhelminischen Zeit ebenso wie durch die Triumphe der Technik und die Steigerung des Wohllebens veroberflächlichtes Volk zur Besinnung führen wollen, sei es, daß einer, der sich wohl auskennt, den Vertretern des Buchstaben-evangeliums sagt: „Meine Herren, nicht die Religion, nein, die christliche Nächstenliebe ist in Gefahr!“ sei es, daß eine Frau ihre Geschlechtsgenossinnen zum Kampf gegen die Lüge der Gesellschaft auffordert oder wie hier ein Volksschullehrer seine Berufsgenossen zur Erkenntnis des Kerns ihres Unterrichts bringt.

Das angeführte Bismarckwort gilt in dem Punkte ganz, daß es alte Wahrheiten sind, die hier vorgetragen werden. Alt und doch neu, weil die Anknüpfung an die klassische Epoche, für die uns Lehrern Krieger der Wegweiser ist, auch hier vieles ausgräbt, was Goethe und Fichte, Herder und Humboldt schon gesagt haben und längst vergessen worden ist. Aber dieses Zurückgehen ist verbunden mit einer weitgehenden Benutzung dessen, was seit jener Zeit über den Gegenstand gesagt worden ist, und ist ganz selbstständig vorgetragen, bisweilen mit erfrischender Ablehnung mancher gar zu begeistert Neuen, letzteres besonders in methodischen Fragen, so daß der völlig irrt, der lediglich eine zusammenfassende Darstellung möglicher Meinungen vermutet. Wie fesselnd sind doch die kleinen Bemerkungen über den Versuch des im Grunde so fatalistischen großen Staufens, die über das Wort Gas, über die Reinigung des Mönchslebens, über Karl von den Steinens Beobachtungen bei den brasilianischen Indianern oder über die Namen Odin und Wuotan! Und wie sicher werden wir immer wieder auf den Kern der Sache geführt: Bluf- und sinnvoll, besonnen und gehaltvoll soll die Sprache sein. Der irrt aber auch, der meint, ein völklicher Eiferer wolle hier etwa die Narheiten eines Sprachordens aufwärmen; ganz im Gegenteil, gegen den Lippendienst eifert das Buch und damit auch gegen eine äußerliche Sprachreinigung. Hier bin ich vielleicht eher ein Narr als der Verfasser der Schrift, der ganz treffend darlegt, daß die Sprache zu den Sinnen sprechen soll, daß der ganze Mensch sprechen muß, und daß darum die Scheidemünze menschlichen Verkehrs, das Fremdwort, nach bestem Vermögen zu vermeiden ist. Ich finde manches sehr entbehrliche Fremdwort in Hoerdt's Sätzen, wie das schreckliche „national“, das gräßliche „interessant“ oder die längst in „Normung“ verkürzte Form „Normierung“.

Blutvolle Sprache müssen wir selbst gebrauchen, wenn wir mit unserem Sprechen an der Volksbildung arbeiten wollen; mit Recht wird das Parlaments- und Zeitungsdeutsch verdonnert, das Parlamentsdeutsch, bei dem entweder nüchternste Langweiligkeit den letzten Zuhörer von der Tribüne jagt oder die Worte nach Talleprand's Rezept dazu dienen, die Gedanken und die persönlichen Feindschaften zu verdecken. Ich wünsche, daß sich auch Leute aus unseren Reihen an dem Preisauschreiben beteiligen, das der deutsche Sprachverein ausgeschrieben hat, um die Schäden des Zeitungsdeutschs zu beseitigen.

Sorgfältige Aussprache müssen wir im Volk pflegen, wenn wir dem gesprochenen Wort wieder zu seinem Rang verhelfen wollen. Doch möchte ich vorsichtig sein mit der Behauptung, daß Lebendigkeit der Sprache und Lebendigkeit des Geistes (S. 52) einander immer bedingen, wenn ich auch grundsätzlich die Behauptung für richtig halte. Den Sätzen Hoerdt's über den Wert der Mundart und über die Mundart als Ausdruck der Maultaufheit schließe ich mich ganz an. Es scheint mir ein großes Mißverständnis hinsichtlich der Mundart bei vielen zu herrschen. Ich halte es mit dem Talmud und seiner Weisheit: „Rabbi Jehuda ermahnte seinen Schüler Samuel: Öffne deinen Mund und lese, öffne deinen Mund und studiere; denn nur bei lebendiger Rede gedeiht das Studium.“ Ich glaube gern, daß es so war, wie er schreibt: „Die Gelehrten in Judäa, die auf korrekte Sprache sahen, prosperierten im Studium. Die Gelehrten in Galiläa, welche die Korrektheit der Sprache vernachlässigten, prosperierten nicht.“ Wer den Schweizer beobachtet an der Grenze, der kann erkennen, wie der Gebrauch der Mundart dazu beiträgt, ein stammver-

wandtes Volk fernzuhalten vom Gesamtvolk, und er wird die angeführten Worte von Lews über Schriftsprache und Mundart (S. 58) unterstreichen. Hoerdt's Einleitung berührt die Sprachenkämpfe der Gegenwart. (S. VII). Denken wir an die zwei Möglichkeiten der europäischen Entwicklung: Entweder dauert das Zeitalter des Nationalismus weiter an; dann muß die Festigung und Vertiefung der deutschen Sprache dazu beitragen, Kanonen und Soldaten zu ersetzen; dann muß das Deutsche als „die lingua franca (die Handelsverkehrssprache) Europas“, wie sie ein englischer Schulmann in einem Aufsatz in der Sunday Times nannte, dem deutschen Kaufmann den Weg bahnen zu neuen Absatzgebieten, dann muß der deutschen Sprache als dem äußeren Zeichen der Machtstellung des deutschen Reiches die Gleichberechtigung mit dem Französischen und Englischen am Verhandlungstisch erkritten werden. Ist doch das Deutsche eine der am meisten gebrauchten Sprachen der Welt; es steht an dritter Stelle nach dem Chinesischen und Englischen; es steht vor dem Russischen, Spanischen, Französischen und Italienischen. Oder die Richtung Coudenhove bekommt recht, die Vereinigten Staaten von Europa werden Wirklichkeit; dann bedarf kein anderes Volk so sehr als das deutsche der straffen Zucht der Sprache, um sein Wesen nicht würdelos zu verlieren; dann kann das deutsche Volk in dem Gefäß seiner Sprache jene Gedanken über die heute noch ziemlich verschlossenen Grenzen tragen, die es vielleicht eine ähnliche Aufgabe erfüllen lassen, wie sie den Hellenen nach der Eroberung Korinths durch Mummius zufiel.

Der Lehrer, der Pressemann, der Geistliche, der Kaufmann, sie alle müssen an der deutschen Sprache arbeiten, damit ihre Muttersprache diese möglichen Aufgaben erfüllen kann. Der Lehrer findet viele methodischen Hinweise in der Hoerdt'schen Schrift, die ihm Wege zeigen und Umwege sparen. Was den Lese-stoff angeht, so bin ich ganz der Meinung Hoerdt's, daß Lese-stoffe auf Bestellung, wie sie sich auch im neuen Badischen Lesebuch finden, nicht am Plage sind; der Erlaß des italienischen Unterrichtsministeriums vom November 1923 (S. 83) scheint auch mir den Nagel auf den Kopf zu treffen. Es braucht wahrhaftig nicht immer der Langsamste zur Folter für den weniger Langsamen das Tempo zu bestimmen. (S. 90.) Manches begrüße ich in diesen methodischen Betrachtungen, was reaktionär klingt: Ich freue mich, daß Lays Verfahren zur Rechtschreibfestigung hier empfohlen wird. Ich verwende dieses Verfahren schon lange mit größtem Erfolg und ohne besondere Mühe. (S. 88.) Ich bin ganz dafür, daß Hoerdt Gedanken-zucht verlangt und die bloße „Stimmung“ nicht genügen läßt. „Auswendiglernen und Abschreiben guter Muster“ (S. 141), Chorsprechen und Auswendiglernen (S. 120), graphische Darstellung als Hilfsmittel der Sprachziehung (116) erwähne ich zustimmend. Ein Wort gelte noch den Bemerkungen über den Aufsatz; ein Gegengewicht gegen die Gefahren des freien Aufsatzes bilden die Niederschriften aus dem Sachunterricht. Sie dürfen nicht den ganzen Inhalt des Aufsatzheftes ausmachen; sie dürfen aber auch nicht fehlen. Kurz sich ausdrücken, will ebenso gelernt sein wie weitläufig zu reden und zu schreiben; noch gründlicher allerdings will gelernt sein zu hören, was alles in einem knapp gezielten Satz gesagt ist. Das Wort Lichtenbergs ist nicht zu vergessen: „Man wird bei allen Menschen von Geist eine Neigung finden, sich kurz auszudrücken, geschwind zu sagen, was gesagt werden soll.“ Wie das Hören zu lernen ist, findet der Leser gleichfalls in der Hoerdt'schen Schrift auseinandergesetzt. Den Teilnehmern an dem Lautenbacher Treffen wird die Schrift überdies noch an manches erinnern, was dort gesprochen wurde, Wilhelm Lacroix ist sie ja auch zugeeignet.

Und doch muß ich zum Schluß vielleicht sagen, daß die Schrift ihre Aufgabe unter Umständen nicht erfüllt; dann nämlich nicht, lieber Amtsgenosse, wenn Du sie nicht liest, sondern denkst, es genügt, wenn die paar Rennpferde vom Badischen Lehrerverein um den Preis laufen. Und mit dem bloßen Lesen ist es dann auch noch nicht getan: Deine Gedanken müssen sich mit den aufgeworfenen Fragen beschäftigen, Du mußt die Bücher lesen, die im Schriftenverzeichnis aufgeführt sind; die Arbeitsgemeinschaft in Deinem Bezirk muß auf Deine Veranlassung das Thema aufgreifen und gründlich durcharbeiten. Und wecken wir? Lust Du das, so machst Du und die badische Schule allen Bremsern zum Trost einen Schritt vorwärts!

K. F. Wernet, Blaswald.

Bericht

über die Tätigkeit der Bezirksvereine des Bad. L.-V.
in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1925.

Der letztjährige Bericht schließt mit der Feststellung: „Überall herrscht reges Treiben. Unser Verein ist ein Bollwerk zum Schutze des Standes, der heranwachsenden Jugend und damit der Zukunft unseres lieben Vaterlandes“. Ergaben sich für das verflossene Jahr dieselben Erscheinungen in den Bez.-Vereinen? Es ist erfreulich, feststellen zu können, daß auch dieses Jahr unsere Mitglieder ihre Kraft eingesetzt haben zur Erreichung unserer Ziele. Arbeit hat es genug gegeben. Unsere Gegner waren in dem zurückliegenden Zeitabschnitt nicht untätig; mehr denn je haben sie versucht, Zwietracht in unseren Verein zu säen, um dadurch unsere Kraft zu zermürben. Es ist ihnen nicht gelungen, wenn auch da oder dort einer abwendig geworden; die Lücke wurde rasch geschlossen, und die Zahl der Kämpfer hat sich gemehrt.

Reichsschulgesehntwurf und Lehrerbildungsfrage sind zwei dunkle Punkte, die fast in jedem Bericht erscheinen. Wie treffend steht in einem Bericht: „Mit Protest allein ist hier nichts getan; es gilt die Kriegskunst der Konkordatskämpfer umzukehren für den Sieg des Reichs- und Rechtsgedankens. Die Simultanschule erhalten, heißt die gesamte Elternschaft für sich gewinnen. Der Kampfplatz wird in die Gemeinde verlegt. Kampfmittel sind Elternversammlungen, Elternbesuche. Hierin wurde schon in einzelnen Gemeinden beim Erscheinen des ersten Reichsschulgesezes gearbeitet, indem in Elternversammlungen Vereinigungen der Freunde der Simultanschule gegründet wurden, denen oft alle wahlberechtigten Gemeindeglieder beitraten. Diese Schutzwehr für die Simultanschule wird beim erneuten Auftauchen drohender Gefahr weiter ausgebaut werden.“ Das ist zielbewußte Arbeit. Leider ist diese Leistungsfähigkeit nicht überall zu finden. Viele merken noch nicht, wohin der Sturm fährt, und streifen sich um kleine örtliche Vorteile.

Jetzt, in einer Zeit, wo alle Kräfte zusammengehören, um das vom Sturm der Konfessionalisierung gepackte Schulschiff durch die Gefahren hindurchzuführen, bringen es Kollegen fertig, ihre persönlichen Wünsche in den Vordergrund zu schieben und eigene Wege zu gehen. Man sollte Lehrer nicht an die Erzählung „Die sieben Stäbe“ erinnern müssen. Doch es darf hier offen gesagt werden: die geistigen Träger dieser Bewegung haben sich in der Menge ihrer Gefolgsleute stark geirrt. Die Kritik in einzelnen Berichten über die Eigenbrötler läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Wenn die Lehrer zusammenhalten und sich bewußt sind und bleiben, welche Waffen ihnen geblieben sind, dann muß der Kampf endlich doch gewonnen werden.

Die Behandlung der Lehrerbildungsfrage im Haushaltausschuß und Landtag nennt ein Bericht ein schwarzes Kapitel. Wer ist nicht versucht, in den heutigen Tagen diese Charakterisierung noch zu vervollständigen? Unser Kampf ist kein Kampf gegen die Kirchen und Parteien, aber die Ereignisse und Erfahrungen der letzten Zeit fordern zum schärfsten Abwehrkampf heraus. Wie in Zeitungen von einem Heidelberger Terror im B. L.-V. geäußert, wie der gute Namen unseres Obmannes besudelt, die Öffentlichkeit irreführt wurde, wird in vielen Berichten entschieden abgelehnt und zurückgewiesen. In einem Bericht wurde auch ein Kollege namentlich genannt, der seinen Parteistandpunkt über den Beruf gestellt und die Forderung des B. L.-V. in der Lehrerbildungsfrage durch öffentliche Wahlreden sabotiert hat. Daß ihm für ein derartiges Verhalten das Mißfallen des Bezirks-Vereins ausgesprochen wurde, ist selbstverständlich.

Die vom B. L.-V. über ganz Baden verteilten Kurse zur Fortbildung haben auch in diesem Jahre starken Besuch aufzuweisen und gute Früchte gebracht. Der Bez.-Verein Mannheim berichtet besonders über den guten Verlauf der Psych. Woche, die von 1200 Teilnehmern besucht war. Karlsruhe hat gute Erfahrungen mit einem Hygien. Kurse gemacht. Aber auch die übrigen Berichte sind voll Lobes über das Gebotene. Besonders erfreut waren die Bez.-Vereine, die etwas abseits liegen, daß ihren Mitgliedern geistige Anregung geboten wurde. Den Mitarbeitern in allen diesen Kursen sei auch hier für ihre Tätigkeit gedankt.

Im letztjährigen Bericht konnte mitgeteilt werden, daß die Zahl der Bezirksvereine, die Tätigkeitsberichte einschickten, gewachsen war, und dieses Jahr kann darauf hin-

gewiesen werden, daß nur noch neun Bezirksvereine keinen Bericht eingekandt haben. Auch diese letzten Rückstände werden hoffentlich für das nächste Mal verschwinden. Was wurde in diesen Bez.-Vereinen für ungeheure Arbeit geleistet! Durchschnittlich hat jeder Bez.-Verein 10 Tagungen abgehalten, wobei fast immer ein Vortrag der Kernpunkt der Tagung war, dem sich nach vielen Berichten zumeist eine rege Diskussion angeschlossen. Der Zweck der Veranstaltung wurde also erfüllt.

Behandelt wurden die verschiedenartigsten Gebiete: Erziehungslehre, Geschichte, Naturlehre, Geographie, deutsche Musik, Gesangsunterricht, Psychoanalyse, Ritterburgen im Hegau usw. Auch praktische Vorführungen wurden geboten und Fabriken besucht. Daß der gemütliche Teil nicht unberücksichtigt blieb, ist aus der Bezeichnung „Familienkonferenz, Fastnachtkonferenz“ zu entnehmen. Für viele war das Erscheinen des Obmannes auf größeren Tagungen ein Fest. So berichtet der Bez.-Verein Lörrach: „Ganz besonders wichtige Stunden waren es für uns, als unser bewährter Führer Hofheinz am 28. November in Schopfheim zu uns von den Nöten unseres Standes sprach, uns zum Zusammenhalten und zur tätigen und einigen Zusammenarbeit im Bad. L.-V. mahnte. Wir sind aufrichtig dankbar, daß er sich dieses Jahr zweimal zur Verfügung stellte. Die Vereinsmitglieder zeigen das auch durch ihren überaus starken Besuch der beiden Tagungen. Besonders anerkannt möge auch unsererseits werden, daß bei der Tagung am 28. November in Schopfheim trotz heftigen Schneetreibens eine Anzahl Kollegen sogar vom Hozenwald kamen, um ihrem Führer Hofheinz wieder einmal ins Auge zu schauen und ihn zu hören“. Und bei dieser Sachlage schreibt die Zentrumspreffe: „Herr Hofheinz reißt im Land herum, um Vorschußlorbeeren zu ernten!“.

Andere Berichte bringen auch weniger Gutes. Der Vorsitzende eines Bez.-Vereins hat Klage zu führen, daß in seinem Bezirk manche fehlen. Als Gründe gibt er Dinge an, die weder anzuerkennen sind, noch das Vereinsleben oder die Arbeit irgendwie berühren. Zumeist scheint es Ziellosigkeit und Müdigkeit oder „Indifferenz“ zu sein. Mehrere Vorsitzende klagen über den Besuch der Konferenzen durch die Jungen. Ein Bericht meint, die Jungen hätten zuviel Geld, sie müßten einmal wieder auf die früheren Gehaltsätze gebracht werden, dann würden sie bald fleißige Konferenzbesucher werden. Von dem Suchen nach Abhilfe zeugt uns, was ein Bericht vom Schwarzwald schreibt: „Ein Mittel zur Herbeiführung einer Besserung glauben wir darin gefunden zu haben, daß wir bei den Tagungen das Hauptgewicht auf die Behandlung standespolitischer Fragen legen. Wir glauben, daß wir Fragen dieser Art für die jungen Mitglieder interessanter gestalten können als solche wissenschaftlicher Art“. Man darf von den Vorsitzenden erwarten, daß sie sich alle mit solchen Erscheinungen beschäftigen und in künftigen Tätigkeitsberichten Angaben machen, auf welchem Wege sie versucht haben, hier eine Wandlung zum Bessern zu schaffen. Im übrigen ist — ob für jung oder alt — die Frage der Beschäftigung mit wissenschaftlichen und praktischen Berufs- und Arbeitsfragen umso mehr von ausschlaggebender Bedeutung, je weniger auch jetzt durch die Art der Neuordnung der Lehrerbildung der ernste Wille zum Ausdruck kommt, der Volksbildung die unerläßliche Fundierung zu geben. Versagen hier die öffentlichen Gewalten, dann haben wir als Stand wie als Einzelne noch lange nicht das Recht, ebenfalls zu versagen. In keinem Bericht findet sich aber ein Hinweis auf unsere nichtverwendeten Kandidaten, auf ihre Beteiligung und auf etwaige Versuche, sie für das berufs- und standespolitische Leben zu gewinnen. Hier darf nichts unversucht bleiben, durch persönliche Einladung und Rücksprache die Kandidaten zum Besuch der Tagungen zu veranlassen. Es ist hart genug, jahrelang dem Beruf fernbleiben zu müssen; es muß eine Bitterkeit in den jungen Menschen aufsteigen, wenn sie, um die Not zu bekämpfen, jahrelang berufs-fremder Arbeit nachgehen müssen. Da müssen wir Alten hilfsbereit die Hand bieten, unseren Nachwuchs so wenigstens mit den Fragen, die uns alle beschäftigen, zu verknüpfen. Jedes Schulhaus und jede Lehrersfamilie sollte, wie für unsere Jungen überhaupt, so vor allem für unsere Nichtverwendeten jederzeit offen stehen; es müßten insbesondere unsere Lehrersfrauen ihren Stolz darein setzen, hier mitzuwirken an der geistigen, seelischen und gesellschaftlichen Sicherstellung der heranwachsenden Lehrerergeneration. Auch keine Enttäuschung kann von diesen selbstverständlichen Verpflichtungen entbinden.

Auffallend erscheint es, daß als Referenten in allen Berichten nur zweimal Frauen genannt werden. Es müßte doch zu erreichen sein, daß besonders in großen Bezirken auch Lehrerinnen zur Behandlung eines Referates sich einmal zur Verfügung stellen. Allerdings muß auch erwartet werden, daß sie nicht bei den Tagungen fehlen, weil sie meistens „keine Zeit“ haben. Erfreulich ist zu lesen, daß manche Bezirke die Teilnehmerzahl als sehr gut bezeichnen, während doch auch mancher Vorsitzende berichtet, der Besuch könnte ein besserer sein. Bei Betrachtung der Namen der Referenten ist es erfreulich, daß da und dort auch Hochschullehrer sich in den Dienst unserer Arbeit gestellt haben. Es zeigt sich auch hier, daß die Lehrer darnach streben, Lücken, die die Seminarbildung gelassen, durch freiwilliges Studium auszufüllen. Wir erfahren eben täglich doppelt schmerzlich, daß für einen Stand, dem die Erziehung der Kinder anvertraut ist, die beste Ausbildung, das Studium an einer Hochschule, noch vorenthalten wird. Dies muß festgestellt werden, wenn auch Regierung und die großen Parteien es nicht wahrhaben wollen. Rückschlüsse wie in den letzten Tagen können und dürfen den Mut und die Kraft der Lehrerschaft nicht lähmen. Die Lehrer setzen all diesen Anfeindungen ein beharrliches *Dennoch!* entgegen, und einmal muß uns die Hochschulbildung doch werden. Sie wird uns nie als reife Frucht in den Schoß fallen, sie muß errungen und erkämpft werden in schweren Stürmen; das müssen wir uns alle tagtäglich sagen, damit der Kampf nicht erlahme.

Ein Bericht spricht bei Behandlung der internen Vereinsarbeit die Bitte aus, die Beratungen des engeren Vorstandes sollten öfters in die Bez.-Vereine getragen werden, dann würden Mißverständnisse und falsche Auffassungen rascher beseitigt werden, als wenn nur der Vorsitzende die Sache allein behandeln muß. Wenn solche Wünsche wirklich vorliegen, so sind die Vereinsbeamten doch bisher immer zur Verfügung gestanden. Manchmal hätte nur der Beirat, bezw. Vorstand benachrichtigt werden müssen.

Ein Bericht übt Kritik an dem strengen Einzug des Vereinsbeitrags durch unsern Hauptrechner. Kritik ist leicht gemacht! Wie wäre es wohl, wenn gerade einmal bei einem der Mitglieder, die aus Bequemlichkeit oder vielleicht auch Vorsatz die Beiträge nicht rechtzeitig abführen, eine Leistung des Rechtschutzes, der Hilfe am Grabe, nicht raschestens durchgeführt werden könnte? Wie würde da geschimpft! Zur Kritik hat aber nur ein Recht, wer selbst nicht zu Anständen Anlaß bietet. Ordnung muß sein! Und die versucht unser unermüdlicher Hauptrechner durchzuführen, und dafür sind ihm die ordnungsliebenden Vereinsmitglieder von ganzem Herzen dankbar und der Vorstand erst recht.

Eine ganze Reihe von Berichten erwähnen die Tätigkeit der Kreisbeiräte lobend. Es scheint, daß die Ausführungen in diesen Punkten in dem letzten Tätigkeitsbericht auf guten Boden gefallen sind. Je enger die Fühlungnahme zwischen den einzelnen Arbeitsorganen des Vereins ist, desto nutzbringender ist dies für den Verein selbst.

Die sozialen Einrichtungen des Bad. L.-V. werden auch in diesem Jahre als rechte Quellen des Segens genannt. Da und dort wurde ein weiterer Ausbau der Hilfe am Grabe angeregt.

So zeigt wohl auch der diesjährige Bericht, daß überall Leben herrscht. So soll und muß es bleiben. Im Vereinsleben war nicht immer nur Sonne, oft war trüb Wetter. Feuer auch hängen schwarze Wolken am Himmel. Manches, was wir gehofft und erstrebt, haben die finsternen Mächte zerstört. Das hat den Siegerwillen aber nicht erkötet. Aus den Berichten leuchtet es klar hervor: wir wollen durchhalten und standhalten. Dank allen denen, die durch Einsehen ihrer Person und Kraft in irgend einem Vereinsamt mitgeholfen haben. Unsere Gegner sollen uns fortgesetzt tätig finden beim Ausbau unseres Vereinshauses.

Wir stehen vor einer großen Jubiläumstagung. Auf ihr wird sich zeigen, um was unsere Vorfahren viele Jahrzehnte gekämpft haben. Sollten wir schlechtere Kämpfer sein als sie? Überall gilt die Geschlossenheit unserer Organisation als Vorbildlich. Das soll sich auch bei der Begehung ihres fünfzigjährigen Bestehens erweisen. Darum auf nach Karlsruhe mit dem ernststen Willen, dort neue Kraft zum Kampfe, neue Hoffnung zum endlichen Sieg zu gewinnen!

Der Schriftführer: Alfred Raupp.

Bericht über die Besprechungen der Spitzenorganisationen der Beamtenschaft beim Reichsfinanzminister.

„Am Sonnabend nachmittag fand die 2. Besprechung des Reichsfinanzministers mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der deutschen Beamtenschaft statt. Der Sprecher der Spitzenorganisationen ging zunächst auf eine grundsätzliche Besoldungsreform ein. Er betonte, daß die Organisationen für eine grundsätzliche Besoldungsreform seien, da sie vielerlei an der Regelung von 1920 auszuheben hätten. Sie empfänden es nicht angenehm, daß über die Pläne des Reichsfinanzministeriums eine große Ungewißheit bestehe, und daß deshalb durch die verschiedenartigsten Gerüchte große Beunruhigung in die Beamtenschaft geführt sei. Der Vertreter bei den Reichsfinanzminister deshalb um eine klare Auskunft, ob er jetzt eine Reform der Besoldungsordnung vornehmen wolle. Der Minister antwortete, daß er den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für günstig zur Aufrollung einer grundsätzlichen Besoldungsreform halte, und daß er deshalb zu Zeit nicht beabsichtige, eine grundsätzliche Änderung vorzunehmen. Ein bestimmter Zeitpunkt sei noch nicht in Aussicht genommen. Er sagte nochmals zu, den Organisationen zu einem Zeitpunkt Gelegenheit zur Darlegung ihres Standpunktes zu geben, in welchem noch eine Beeinflussung eines Besetzungswurfs möglich sei.

Dann ging der Sprecher der Beamtenorganisationen dazu über, die Vorgänge die sich im Reichstage anlässlich der Notzuwendungen für die Gruppen I—VI abgepielt hatten, kurz zu umreißen und darzulegen, daß die Beamtenschaft schon damals die bestimmte Auffassung gehabt habe, daß sie vom 1. April ab in Verbindung mit der durch den Reichskanzler angekündigten Reform eine Aufbesserung ihrer laufenden Bezüge zu erwarten habe. Eine solche müsse auch dann erfolgen, wenn die Reform selbst zurückgestellt werde. Der Minister erwiderte, daß es ihm gegenwärtig nicht möglich erscheine, eine Aufbesserung der Bezüge vorzunehmen. Der Index sei, nachdem er im Herbst vorigen Jahres seinen höchsten Stand erreicht habe, ständig gesunken. Diese Senkung sei einer Erhöhung des Realeinkommens um 5 % gleich zu achten. Die Regierung beabsichtige, durch Änderung der Steuergesetze und durch sonstige Maßnahmen die Fortsetzung der Preis-senkung zu sichern. Des weiteren seien auch die Löhne gesunken, und eine baldige Erhöhung sei angesichts der schwierigen Verhältnisse in der Wirtschaft nicht zu erwarten. Er glaube auch, auf allseitigen Widerstand zu stoßen, falls er eine Erhöhung der Bezüge vorschlagen würde. Im übrigen lehne er — wie er es bereits das vorige Mal erklärt habe — jede Kürzung der Bezüge und auch der Pensionen ab. Er sei bereit, die Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses auf 100 % vorzunehmen, wenn die Mietsätze in Preußen vom 1. April auf über 90 % der Friedensmiete erhöht würden.

Die Vertreter der Organisationen brachten zum Ausdruck, daß diese Einstellung des Ministers in der Beamtenschaft große Enttäufung hervorrufen müsse, da den geringen Senkungen des Indexes eine Indexsteigerung seit der letzten Erhöhung der Gehälter vom Dezember 1924 entgegenstehe, und daß größere Steigerungen des Indexes im letzten Jahre nicht zu einer Erhöhung der Bezüge geführt hätten. Die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft sei nicht so, daß sie bei gleichbleibenden oder in geringem Maße sinkenden Index als befriedigt angesehen werden kann. Die Aufbesserung des Wohnungsgeldzuschusses sei mehr als bescheiden. Die Steigerung der Wohnungsgeldsätze bleiben hinter den Steigerungen der Mietsätze zurück. Außerdem müsse ein Ausgleich geschaffen werden für die Inhaber von Wohnungen in neu erbauten Häusern, weil die dort zu zahlenden Aufwendungen erheblich über die allgemeinen Mietsätze hinausgehen. Trotz der ausführlichen Darlegungen zu diesem Punkte blieb der Minister dabei, einer Erhöhung über die Vollsätze nicht zustimmen zu können, solange die Mietsätze im allgemeinen unter 100 % bleiben.

Zu der Frage der Verlängerung des Sperrgesetzes wurde vom Sprecher ausgeführt, daß nach neueren Nachrichten die Regierungsvorlage auf Verlängerung des Sperrgesetzes zurückgezogen sei. Der Minister entgegnete, daß diese Mitteilungen nicht zu träfen, daß er aber beabsichtige, die bisher von der Regierung vertretene Auffassung einer Nachprüfung zu unterziehen, sobald der Standpunkt der Länder offiziell geklärt worden sei.

Auf die ausdrückliche Frage, ob die auftauchenden Gerüchte wegen Herabsetzung der Pensionen auf Wahrheit beruhten, wurde dies vom Minister für das Reich entschieden verneint.

Aus einer Antwort auf eine Frage wegen der Wiedereinführung der Vierteljahreszahlungen war zu entnehmen, daß damit in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann.

Dann wiesen die Organisationen noch auf die Notwendigkeit einer Änderung einzelner Bestimmungen der Besoldungsvorschriften und der Schlüsselungsgrundsätze hin für den Fall, daß die grundsätzliche Besoldungsreform noch eine längere Zeit auf sich warten lasse. Der Minister sprach zum Schluß den Wunsch aus, von den Organisationen eine Zusammenstellung der wesentlichsten Forderungen zu erhalten, in denen sie eine einheitliche Auffassung vertreten, damit ihm die Vertiefung in dies für ihn noch sehr fremde Gebiet erleichtert werde. Die Organisationen erklärten sich dazu bereit."

Die Jubiläumstagung des Bad. Lehrervereins.

Zahlreich sind die Anmeldungen zur Festtagung und siebentägiger Arbeit der Bez.-Lehrerverein Karlsruhe, um der seltenen Feier einen würdigen Rahmen zu geben. Findet doch diesmal nicht nur eine allgemeine Mitgliederversammlung statt; wir feiern das halbhundertjährige Bestehen des Bad. Lehrervereins und was unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders wichtig ist, wir haben 50 Jahre unsere badische Simultanschule.

Neben den Hauptversammlungen und den Besuch von Museen, Sammlungen usw. stehen Genüsse außerordentlicher Art bevor. Im Landestheater gehen Rich. Wagners „Meistersinger“ in Szene und der Karlsruher Lehrergesangsverein rückt zu einem Konzert, das zu hören für die meisten Kollegen eine seltene Gelegenheit sein wird. Max Reger und Anton Bruckner bestreiten den Hauptteil des Programms. Das Orchester des Landestheaters wird die „Toteninsel“ und die „romantische Suite“ Regers zu Gehör bringen. Dazwischen singt der Chor das eindrucksvolle „Requiem“ mit dem wiederholten Rufe „Seele, vergiß sie nicht, die Toten!“ Eine Mahnung an uns, der verstorbenen Kollegen zu gedenken und in ihrem Geiste weiterzuarbeiten. Von Reger folgen noch „Frühlingsruf“, „Wie ist die Erde so schön“ und „Ausfahrt“, Chöre, die uns lebensbejahend in die Zukunft weisen. Von Bruckner wird neben „O könnt ich dich beglücken“ vor allem die Männerchorballade „Helgoland“ mit Orchester seine Wirkung sicherlich nicht verfehlen. Aus der italienischen Schule spricht Gabrieli mit seinem 7stimmigen Chor „Exaudi deus“ zu uns. Als letztes Lied wäre noch Volkmanns „Alteutscher Hymnus“ zu erwähnen, bei dem zwei vierstimmige Männerchöre nebeneinander auftreten.

Diese Jubiläumstagung wird ein Markstein sein in der Geschichte unseres Vereins. Alle Kollegen, denen „Bad. Lehrerverein“ und „Simultanschule“ nicht leere Worte sind, müssen es als Pflicht erachten, an dem Jubelfeste teilzunehmen. Darum melde sich jeder, sofern noch nicht geschehen.

Rundschau.

Im Namen des Elternrechts. Der Verband evangel. Schulgemeinden und Schulvereine Deutschlands, Sitz Barmen, hat für die Reichserziehungswoche folgende Entschliebung aufgestellt: „Die im Verbands evangelischer Schulgemeinden und Schulvereine organisierte evangelische Elternschaft fordert auf Grund des Art. 146, 2 R.-V. den baldigen Erlass eines Reichsschulgesetzes, das sich in Wahrheit auf Gewissensfreiheit und Elternrecht gründet, die völlige Gleichberechtigung der verfassungsmäßigen Schularten festlegt und so auch der evangel. Bekenntnisschule als Gestaltungs- und Einheitschule freie Bahn schafft. Sie fordert ferner, daß das natürliche Recht aller Eltern auf die Wahl einer ihrem Bekenntnis oder ihrer Weltanschauung entsprechenden Schule in keiner Weise beschränkt und in seiner praktischen Auswirkung auch dadurch gesichert wird, daß für jede evangel. Schule nach dem Prinzip der Selbstverwaltung ein erweiterter Elternbeirat (Schulbeirat oder Schulpflegschaft) geschaffen wird, dem auch ein Vertreter des Lehr-

körpers der Schule und ein Vertreter der Religionsgemeinschaft (Landes- und Freikirchen) als vollberechtigte Mitglieder angehören müssen. Diesem Schulbeirat, durch den auch die naturgemäße, friedliche und vertrauensvolle innere Verbindung von Schule und Religionsgemeinschaft grundsätzlich gewährleistet wird, ist neben anderen Aufgaben der Schulpflegschaft ein maßgebender Einfluß, zum mindesten das Vorschlagsrecht, bei Besetzung von Schulleiter- und Lehrerstellen einzuräumen.“

Trennung von Staat und Kirche in der Türkei. Die türkische Kammer in Angora beschloß einstimmig die Einführung des Schweizer Bürgerlichen Gesetzbuches in der Türkei, wodurch Staat und Religion vom öffentlichen und sozialen Leben des türkischen Volkes getrennt werden. Die Polygamie wird verboten. Jeder volljährigen Person steht es frei, sich zu einer beliebigen Religion zu bekennen.

Da mit einer Änderung des Besoldungsgesetzes wohl nicht zu rechnen ist, hat — wie die Zeitungen melden, der badische Finanzminister angeordnet, daß das System der Besoldungsrechner demnächst aufgehoben werden und die Zahlung der Bezüge der Beamten wieder wie früher allgemein durch die Landeshauptkasse erfolgen solle. Zunächst werden die Besoldungsrechner von den Zahlungen für die Ruhegehaltsempfänger befreit werden, daran soll sich die Übernahme der Zahlungen für die aktiven Beamten anschließen. Bis längstens Ende Juni hofft der Finanzminister, die Zahlungen für alle Empfänger durch die Landeshauptkasse wieder vollziehen zu können. Das System der Besoldungsrechner ist bekanntlich in der Inflationszeit eingeführt worden, um den Beamten die Bezüge möglichst rasch zukommen lassen zu können und sie dadurch von Entwertung zu schützen. Nach der jetzigen Stabilisierung unserer Währung und da für die nächste Zeit wohl auch mit einer Änderung des Besoldungsgesetzes nicht zu rechnen ist, glaubt der Minister, daß die Voraussetzungen für die weitere Tätigkeit der Besoldungsrechner weggefallen seien.

Das unsterbliche Sperrgesetz. Dem Reichsrat ist der Entwurf einer 5. Änderung des Besoldungssperrgesetzes zugegangen, der die Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes bis zum 1. April 1927 vorsieht.

Ein Reichsgesetz für die Schulen der nationalen Minderheiten. Im Reichstag ist ein Antrag Erkelenz (Dem.) eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, dem Reichstage mit möglichster Beschleunigung ein Gesetz (Rahmengesetz) vorzulegen, wodurch den nationalen Minderheiten innerhalb des deutschen Reiches ein selbständiges Kulturleben gewährleistet wird.

Dienstaltersgrenze. Das anhaltische Staatsministerium hat beschlossen, die Dienstfähigkeit des Beamten nicht mehr auf 65 Jahre zu beschränken, sondern die Pensionierung nur vom Gesundheitszustand und der Leistungsfähigkeit abhängig zu machen.

Südtirol. Der „Popolo d'Italia“ hatte am 16. Febr. den Mut zu behaupten, daß „die Fremdsprachigen in Privatschulen ihre Sprache lernen und pflegen können“. Dem fügt der Bozener Berichterstatter der „Frkf. Ztg.“ hinzu: „Das trifft wohl für die reichsdeutschen und österreichischen Staatsbürger zu, welche in Malland, Rom oder Florenz usw. leben, nicht aber für die geschlossen lebende deutsche Minderheit in Südtirol. Bis heute ist noch keine einzige deutsche Privatschule genehmigt worden, wohl aber sind die deutschen Unterrichtsstunden — wie nun ja genügend bekannt ist — mit allen Mitteln unterdrückt worden.“

Die Mannheimer Werkführerschule als Höhere Gewerbeschule. Wie das Nachrichtenamt der Stadt Mannheim mitteilt, hat der Minister des Kultus und Unterrichts nach Zustimmung durch den Stadtrat genehmigt, daß die bis jetzt an der Gewerbeschule Mannheim bestehende Werkführerschule als „Höhere Gewerbeschule“ eingerichtet wird. Die Werkführerschule — Höhere Gewerbeschule — umfaßt einen Lehrgang von zwei Halbjahren mit Ganztagsunterricht. Sie bezweckt, befähigte Mechaniker, Maschinenschlosser, Eisenarbeiter und Personen verwandter Berufe zu tüchtigen Werkführern und Betriebsbeamten heranzubilden und Abteilungen von Fabriken selbständig zu leiten. Die Ausbildungszeit dauert ein Jahr. Der Unterricht wird nach Maßgabe des zwischen dem Unterrichtsministerium und der Direktion der Gewerbeschule vereinbarten Lehrplans erteilt. Am Ende der Ausbildungszeit wird eine Prüfung unter Vorsitz eines staatlichen Prüfungskommissars abgehalten, an deren Bestehen bestimmte Berechtigungen im staatlichen und städtischen Dienst geknüpft sind. Zum Eintritt in diese Schule, die auch als „Höhere Gewerbeschule“ der Gewerbeschule Mannheim angeschlossen bleibt, gelten nachstehende Bedingungen: 1. Zurücklegung des 18. Lebensjahres, 2. Erfolgreicher Besuch einer dreijährigen Gewerbeschule oder gewerblichen Fortbildungsschule, bzw. der durch einer Prüfung zu erbringende Beweis einer sonstigen gleichwertigen Vorbildung, 3. mindestens fünfjährige Werkstattpflicht, darunter eine mindestens dreijährige ordnungsgemäße Lehrzeit, 4. bestandene Gesellenprüfung, 5. Nachweis guter